



Präsident des Stadtparlaments
Herr Kilian Meier
Märtplatz 29
8307 Effretikon

Simon Binder
Römerweg 2
8307 Effretikon

Effretikon, 11. April 2022

Postulat betreffend Reduktion von bürokratischen Hürden und Sicherstellung von kosteneffizienten Anreizen bei Investitionen in regenerative Energien

Antrag

Der Stadtrat wird eingeladen, in einer Analyse mögliche bürokratische Hürden im Ausbau von regenerativen Energien zu identifizieren. Er ist dann gebeten zu prüfen, wie diese Hürden nach dem Grundsatz «Ermöglichen statt Verhindern» abgebaut werden können. Ferner sollen bei der Schaffung von Anreizen kosteneffiziente Lösungen angestrebt werden.

Begründung

Nicht ob, sondern wann

Der globale Ausbau von regenerativen Energien hat nach einer intensiven umweltpolitischen Debatte nun auch eine zunehmend geopolitische Dimension erreicht. Die Frage lautet nicht mehr, ob der Verbrennung von fossilen Energieträgern ein Ende gesetzt werden soll, sondern wann. Auch ist klar, je früher wir von Energie aus Kohle, Öl und Gas wegkommen, desto stärker ist einerseits der Nutzen für Umwelt und Natur – und desto schneller verlagern wir andererseits die jetzigen Geldflüsse an überwiegend demokratiefeindliche Staaten zurück in unsere heimische Wirtschaft.

Das Bessere ist der Feind des Guten

Der vorherrschende Tatendrang von privaten und gewerblichen Investoren für einen schnellen Zubau von Produktionskapazitäten an regenerativen Energien wird leider oft schon in der Konzeptionsphase gebremst. Denn die entsprechenden Projekte sind zwar Emissionsarm, aber nicht Emissionsfrei: Photovoltaikanlagen sieht man, Windräder hört man und Biogasanlagen riecht man. Aus diesen Gründen werden zahlreiche Projekte entweder durch Behördenentscheide verhindert, oder dann durch benachbarte Privatpersonen oder Interessensverbände verzögert und bekämpft. Dabei geht oft vergessen, dass wir eigentlich nicht in der Situation sind, «gute» gegen «bessere» Standorte bzw. Projekte auszuspielen, da wir für eine zeitnahe Energiewende letztendlich auf beide angewiesen sind.

Taten statt Ablasshandel

Aufgrund des vorherrschenden Staus beim Ausbau der regenerativen Energien, flüchten sich Privatpersonen, Geschäfte und auch unsere Stadt mit ihren guten Absichten in den Zertifikatehandel. Doch letztendlich ist es beim Strom aus der Steckdose oder beim Gas zum Heizen absolut unerheblich, ob dabei noch ein paar Rappen für Öko- bzw. CO₂-Kompensationen entrichtet werden; das bezogene Produkt ist und bleibt trotzdem fossil produziert. Zudem fließen durch den Zertifikatehandel die Gelder

überproportional ins Ausland ab, welche dann nicht mehr für inländische Investitionen zur Verfügung stehen. Beispielsweise beim Biogas zeigt ein Blick auf die Zahlen aus dem Jahr 2019: Von 1'100 GWh Biogas, die ins Schweizer Gasnetz eingespeist wurden, stammen rund 600 GWh aus dem Ausland. Anstatt wiederkehrend «Ablassbriefe» in Form von ausländischen Öko-Zertifikaten zu erwerben, wären wir mit einmaligen Investitionen in unsere heimische Volkswirtschaft besser beraten.

Ermöglichen statt Verhindern

Aus diesem Grund ist der Stadtrat eingeladen, die bürokratischen Hürden im Ausbau von regenerativen Energien zu identifizieren, Wege für dessen Abbau zu finden und gegebenenfalls mit Anreizen Investitionen in Leuchtturmprojekte zu stimulieren. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind nachfolgend fünf mögliche Hürden und/oder fehlende Anreize exemplarisch erwähnt:

- **Erzeugung von Biogas in unserer Stadt:** Mit dem STAPA Geschäft Nr. 2021/149 möchte der Stadtrat seinen Gasbezug für die städtischen Immobilien auf 100 % Biogas umstellen. Anstelle dieser jährlichen Mehrkosten von rund Fr. 142'000.- ohne jeglichen wirtschaftlichen Mehrwert, könnte die Stadt mit dem gleichen Geld private Investitionen in den Aufbau und Betrieb einer regionalen Biogasanlage stimulieren. Die Anlage könnte neben Gas auch Strom und Fernwärme liefern und unser Haushaltskompost sowie landwirtschaftliche Hofdünger (z.B. Hühnermist) aus der Region verwerten. Heute werden lediglich rund 4-5 % des Hofdüngers der Vergärung zugeführt und energetisch genutzt. Zurück bleiben würde ein hervorragendes Substrat für unsere Gärten und Fruchtfolgeflächen. Gemäss unserem kommunalen Richtplan ist zwischen Horben und Mesikon ein möglicher Standort vorgemerkt. Auch denkbar wäre ein überkommunaler Betrieb einer solchen Infrastruktur.
- **Erzeugung von Windkraft in unserer Stadt:** Am Standort Ottikon, Rothenfluh ist eine Windenergieanlage im Richtplan vorgemerkt. Analog dem obigen Beispiel gilt es auch hier, die Planung voranzutreiben und frühzeitig nach möglichen privaten Projektträgern zu sondieren sowie die Anliegen der umliegenden Anwohnerinnen und Anwohner abzuholen.
- **Prüfung der Stromgewinnung aus Geothermie:** In 4 bis 5,5 Kilometern Tiefe ist die Erde rund 150° C heiss und das Potenzial zur Stromgewinnung nach menschlichem Ermessen unendlich. In der Schweiz gibt es noch keine Anlage, die mit Erdwärme Strom produziert. Jedoch rechnet die bundesrätliche Energiestrategie 2050 mit 4'400 GWh Strom aus tiefer Geothermie (zum Vergleich: Die Schweiz verbraucht heute jährlich 60'000 GWh Strom). Nach den negativen Erfahrungen in Basel und St. Gallen wurde es verständlicherweise etwas ruhig um diese Art der Stromproduktion. Mittlerweile hat sich die Technik weiterentwickelt und die Gefahr von seismischen Ereignissen konnte reduziert werden. Im kommunalen Richtplan ist kein potentieller Standort für eine Geothermieanlage eingezeichnet und der kommunale Energieplan gibt dazu wenige Informationen preis. Der kommunale Richtplan könnte mit einem geeigneten Standort für eine Anlage, welche Strom direkt aus Geothermie gewinnt, ergänzt werden. Analog zu den obigen Beispielen wäre anschliessend auch hier angezeigt, die Planung voranzutreiben und frühzeitig nach möglichen privaten Projektträgern zu sondieren sowie die Anliegen der Bevölkerung abzuholen.
- **Liberalere Beurteilung bei Anlagenstandorten in den Kernzonen oder bei inventarisierten Objekten:** Je nach Beurteilung durch die städtischen Behörden kann ein Bauvorhaben einer PV-Anlage mit weitreichenden Anforderungen an die Ästhetik belastet werden. Insbesondere

in den Kernzonen reichen diese von der Auflage zur Wahl von teureren, anthrazitfarbenen monokristallinen Wafern, über die ausschliessliche Genehmigung von rechteckigen Modulfeldern bis hin zur Pflicht zur vollflächig integrierten Indachanlage. Durch die dadurch provozierten Mehrkosten oder Leistungseinbussen dürften zahlreiche Investitionswillige bereits im Voraus abgeschreckt werden. Weiter besteht in der Stadt Illnau-Effretikon eine kommunale Denkmalschutzinventarliste mit rund 300 denkmalgeschützten oder schutzwürdigen Objekten beinhalten über 600 Gebäuden. Ausgerechnet bei jenen Altbauten, die ohnehin einen sehr hohen Heizenergieverbrauch haben dürften, stehen die denkmalgeschützten Dachflächen teilweise gar nicht zur Verfügung. Der Stadtrat ist angehalten, die öffentlichen Interessen von Ortsbild- und Denkmalschutz mit jenen einer Energiewende und Energieautarkie neu abzuwägen.

- **Anreize schaffen für Photovoltaik-Anlagen >30 kWp:** Für PV-Anlagen gibt es eine bürokratische Schwelle: Anlagen ab 30 kWp Leistung bedürfen unter anderem einer Beglaubigung durch einen akkreditierten Auditor sowie einer permanenten Lastgangmessung mit entsprechender Telemetrie. Weitere mögliche Hürden sind die zu knappe Bemessung von lokalen Trafostationen und Stromtrassen. Es wäre schade, wenn nur durch bürokratische Hürden bestes Solarpotenzial verschenkt würde (siehe Abbildungen), während sich das bestehende städtische Energieförderprogramm insbesondere auf unrentable Flächen (verwinkelte und teilverschattete Kleinflächen) fokussiert. Hier gilt es, entsprechende Investitionswillige von einer ganzflächigen Dimensionierung zu überzeugen und tragbare Lösungen aufzuzeigen.



Wegen bürokratischen Hürden viel ungenutztes Potenzial: PV-Anlage in Niederwil TG, wohl mit 29.99 kWp Anlageleistung.



Beispiel für technische Hürden: In der Schiessanlage Luckhausen bleibt die Werkzuleitung bei altertümlichen 30 kVA. Heute wird der Zubau von Photovoltaik behindert, morgen der Ausbau von Ladestationen für Elektrofahrzeuge?

Den Postulanten ist es ein Herzensanliegen, dass der Umstieg auf regenerative Energien möglichst zeitnah aber auch unbürokratisch und kosteneffizient – sowohl für den Investor als auch den Steuerzahler – umgesetzt werden kann. Entsprechend ersuchen wir den Stadtrat um Annahme des Postulats.

Freundliche Grüsse



Simon Binder
Stadtparlamentarier SVP

Mitunterzeichnende:



Paul Rohner
Stadtparlamentarier SVP



Roland Wettstein
Stadtparlamentarier SVP



Roman Nüssli
Stadtparlamentarier SVP



Yves Cornioley
Stadtparlamentarier SVP



Thomas Schumacher
Stadtparlamentarier SVP



Daniel Huber
Stadtparlamentarier SVP



Ueli Kuhn
Stadtparlamentarier SVP

Hintergrundinformation:

- [Gasversorgung Schweiz: Biogasanteil erhöhte sich 2019 um 11 % - 98% sind immer noch fossil](#)
- [Kommunaler Richtplan der Stadt Illnau-Effretikon](#)
- [STAPA Geschäft Nr. 2021/149 - Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung eines Kredites für die Umstellung des Gasbezuges der städtischen Immobilien auf 100 % Biogas](#)
- [Geothermie-Schweiz, Stromgewinnung aus Geothermie](#)
- [Gesamtförderprogramm von Illnau-Effretikon für erneuerbare Energie und Energie Effizienz 2022 - 2026](#)
- [Schissanlage Luckhausen - Photovoltaikanlage; Projektgenehmigung und Kreditbewilligung, Beschluss Stadtrat \(SRB\) 2021-266](#)